

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/009(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 26.08.2005	Neues Rathaus, Konferenzraum I	15:00Uhr	17:20Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom 10. 05. 2005, 17. 06. 2005 und 11. 07. 2004
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Beteiligung der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) an der ESA Patent- und Erfinderzentrum Sachsen-Anhalt GmbH
Vorlage: DS0228/05

WV vom 17. 06. 2005
BE: Bürgermeister

dazu: Geschäftsführer der IGZ GmbH und Geschäftsführer der ESA GmbH (FL 17. 06. 2005)

- 5 Informationen
- 5.1 Marketingmaßnahmen theater magdeburg
Vorlage: I0185/05
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern
Stadtrat Hans-Werner Brüning
Stadtrat Holger Franke
Stadtrat Burkhard Lischka
Stadtrat Rainer Löhr
Stadtrat Sven Meinecke
Stadtrat Gunter Schindehütte
Stadtrat Alfred Westphal
Stadträtin Beate Wübbenhorst

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge
Stadträtin Regina Frömert
Stadträtin Karin Meinecke

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Jana Bork
Stadtrat Oliver Müller
Stadtrat Wigbert Schwenke

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann
Stadtrat Michael Stage

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der vorliegenden Tagesordnung zu.

Die Abarbeitung erfolgt in der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Reihenfolge.

3. Genehmigung der Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom 10. 05. 2005, 17. 06. 2005 und 11. 07. 2004

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 10. 05. 2005

Auf Hinweis des Amtsleiters 14 ist folgende Änderung der Protokollierung auf Seite 3, 3. Absatz ab Satz 2 vorzunehmen:

Er bringt seine Auffassung zum Ausdruck, **dass aus seiner Sicht nicht die Absicht besteht hier wiederholend das Ergebnis der Prüfung vorzustellen, da der Prüfbericht allen Ausschussmitgliedern seit geraumer Zeit bekannt ist und die Zeit heute vielmehr genutzt werden sollte, in Verbindung mit der Stellungnahme des Theaters in die Befassung der Ergebnisse einzusteigen.** Wichtig sei **dabei auch** jetzt darüber zu sprechen, wie die Zukunft des Theaters gestaltet werden und wie der weitere Umgang mit dem vorgelegten Bericht sein soll.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der so geänderten Niederschrift mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen zu.

Zur Nachfrage von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, bezüglich der Problematik einer möglichen tarifwidrigen Einstufung des Verwaltungsdirektors informiert der Oberbürgermeister, dass hierzu durch ihn ein entsprechendes Schreiben an den Bühnenverein gerichtet wurde. Eine Rückantwort liegt bisher jedoch nicht vor.

Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 17. 06. 2005

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Niederschrift mit 6 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen zu.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 11. 07. 2005

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Niederschrift mit 13 Ja-Stimmen einstimmig zu.

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Beteiligung der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) an der ESA Patent- und Erfinderzentrum Sachsen-Anhalt GmbH
Vorlage: DS0228/05
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Bürgermeister Herr Czogalla, der Geschäftsführer der IGZ GmbH Herr Häfke sowie der Geschäftsführer der ESA GmbH Herr Fischer teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zum Aufgabenprofil der neu zu gründenden Gesellschaft ESA Patent- und Erfinderzentrum Sachsen-Anhalt GmbH verweist Herr Fischer darauf, dass Aufgabe der Gesellschaft sein soll, kleinen und mittleren Unternehmen in Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes zu unterstützen und schutzrechtsrelevante Projekte und Firmengründungen zu begleiten. Die Landesförderrichtlinien ermöglichen, diese Leistungen zu besonders günstigen Konditionen für Unternehmen anzubieten.

In der Beteiligung der IGZ an der ESA wird eine besondere Aufgabe gesehen, da in der IGZ eine Vielzahl von innovativen Unternehmen angesiedelt sind, die selbst Patente erwerben und sich damit befassen müssen, ihre Produkte auf Freiheit von Rechten Dritter zu prüfen. Hier kann die ESA bestimmte Hilfestellungen leisten. Als besonderer Punkt für eine Beteiligung wird gesehen, dass ein großer Prozentsatz der Unternehmen, die bisher von der ESA in Form von verschiedenen Projekten betreut wurden und auch weiterhin betreut werden sollen, bereits im IGZ vertreten sind.

Ergänzend verweist der Geschäftsführer der IGZ Herr Häfke darauf, dass eine Beteiligung des IGZ an der ESA im Zusammenhang mit der Förderung der Gesellschaft durch das Land zu sehen ist. Sekundär ist für die weitere Bereitstellung von Landesfördermitteln eine bestimmte Gesellschaftsstruktur erforderlich. Primär ist es Aufgabe des IGZ dafür zu sorgen, dass Quellen aufgetan werden müssen, wo neue Gesellschaften gegründet werden. Hierbei kann die ESA

Hilfestellungen leisten, z.B. auf Grund des vorhandenen Spezialwissens z.B. bei Patentanmeldungen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, hinsichtlich des Alleinstellungsmerkmals von Dienstleistungen der Rechtsbesorgung seitens der ESA im Gegensatz zu den auf dem freien Markt erhältlichen Leistungen von Patentanwälten informiert Herr Fischer (GF ESA), dass keine Leistungen im Sinn einer Rechtsberatung erbracht werden. Vielmehr werden Leistungen in Form der Analyse von Technologien und Produkten der Unternehmen erbracht sowie die Unternehmen dahingehend begleitet, rechtliche Unterstützung zu geben, die über den Rahmen der Unterstützung seitens eines Patentanwalts hinausgehen.

Hinsichtlich der Nachfrage von Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, zur bisherigen Nutzung der Leistungen der ESA verweist der GF der IGZ Herr Häfke darauf, dass die Gesellschaft mittlerweile über 100 Ausgründungen aus dem IGZ hat, wobei über die Hälfte der Unternehmen mit ihren Erzeugnissen und Produkten nach Magdeburg gekommen sind. Hier wurde die erforderliche schutzrechtsrelevante Beratung geleistet zum Schutz der Erzeugnisse.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf den Entwurf des Gesellschaftsvertrages und merkt kritisch an, dass hier keine Aussagen zur Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung getroffen wurden. Weiterhin hinterfragt er Bezug nehmend auf die Regelungen des § 8 des Vertrages die Richtigkeit dieser Regelung.

Hierzu wird durch den GF ESA Herrn Fischer informiert, dass der Geschäftsführer für die Einberufung verantwortlich ist, wenn hierzu ein entsprechender Auftrag besteht. Er muss jedoch mindestens einmal jährlich eine Gesellschafterversammlung einberufen.

Zur Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung informiert er, dass diese auf der Grundlage der entsprechenden Anteile an der Gesellschaft vorgenommen wird. Dies sind zu 40 % die Stadt Magdeburg, zu je 25,2 % Sparkasse Magdeburg und IHK sowie zu 9,6 % die Universität.

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, zur geplanten Anzahl der Mitarbeiter der Gesellschaft führt Herr Fischer aus, dass derzeit 6 Mitarbeiter zur ESA gehören. Hinzu kommen noch 2,5 Mitarbeiter in einem zweiten Projekt, die auf kommunaler Basis z.B. Wirtschafts- und Rechtsstandsinformationen übermitteln.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, geht kritisch darauf ein, dass nicht klar dargestellt wurde, welche Vorteile durch eine Beteiligung für das IGZ entstehen. Ebenso sollte der Unternehmenszweck erkenntlich sein.

Hierzu wird durch Herrn Häfke dargelegt, dass die Gründungsaktivitäten von Gesellschaften und schutzrechtsrelevante Aufgaben im Zusammenhang zu sehen sind. Das für die Erbringung der Leistungen des Schutzrechtes erforderliche Fachwissen wird durch die ESA erbracht. Eine Zusammenarbeit mit der ESA ermöglicht einen schnelleren Zugriff auf die Leistungen der betreuten Unternehmen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, wie der wirtschaftliche Erfolg für die IGZ aus einer Beteiligung an der ESA beziffert werden kann, verweist Herr Häfke auf bisher erfolgte über 50 Patentanmeldungen, die den jeweiligen Unternehmen zugute kommen. Es besteht eine Insolvenzrate von unter 5 % bei Technologieunternehmen.

Die Feststellung von Stadtrat Westphal, dass der Gesellschaft demnach keine Verluste entstehen werden, wird seitens des Geschäftsführers des IGZ Herrn Häfke bestätigt.

Stadtrat Brüning, Die Linkspartei.PDS, sieht die Beteiligung der IGZ an der ESA als eine Anpassung an die wachsenden wirtschaftlichen Erfordernisse an und damit auch als einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der IGZ. Er spricht sich angesichts der Erfolge des IGZ für eine Zustimmung zur Beteiligung aus.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist auf die rechtliche Problematik, die sich für die Stadt aus einer Beteiligung ergeben können. Er spricht sich dafür aus, dass Kommunen sich weitestgehend aus Gesellschaftsbeteiligungen zurückziehen sollten und diese Aufgaben Dritten überlassen.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, fasst für sich das Fazit, dass für die Gesellschaft selbst keine Ergebnisse zu erwarten sind, aber sich für angesiedelte Unternehmen Verbesserungen ergeben.

Dieser Aussage wird von Herrn Häfke zugestimmt und darauf verwiesen, dass, wenn schnellstmöglich die genannten Dienstleistungen für Unternehmen angeboten werden können, auch weitere Unternehmen dazu animiert werden könnten, diese Angebote in Anspruch zu nehmen.

Der Oberbürgermeister hinterfragt das Bestehen der ESA in ihrer ursprünglichen Form und die Möglichkeit diese auch ohne Landesfördermittel weiter bestehen zu lassen.

Der GF der ESA Herr Fischer führt hierzu aus, dass die ursprüngliche Form der Gesellschaft noch besteht, die hier angesiedelten Unternehmen aber finanziell schwach ausgestattet und nicht ausreichend rechtsschutzmäßig abgesichert sind. Um die erforderliche Unterstützung der Unternehmen beim gewerblichen Rechtsschutz gewährleisten zu können, ist die Bereitstellung von Landesfördermitteln für die Gesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, gibt zu bedenken, dass möglicherweise bei einer Ablehnung einer Beteiligung der Eindruck entstehen könnte, hier eine wirtschaftliche Entwicklung zu behindern.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass Kernpunkt der vorgelegten Drucksache letztendlich ist, mit öffentlichen Geldern eine Firmenberatung durchzuführen. Damit eine Förderfähigkeit durch das Land gegeben ist, wird die dargestellte Gesellschaftskonstruktion angestrebt.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, geht abschließend abwägend auf das Für und Wider einer Beteiligung des IGZ an der neuen Gesellschaft ein und stellt fest, dass man trotz vieler Gründe dagegen auf Grund der Bedingungen vor Ort für diese Beteiligung stimmen sollte.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, äußert seine Befürchtung, dass sich freiberufliche Unternehmen benachteiligt fühlen könnten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0228/05 in seiner Sitzung am 01. 09. 2005 zu beschließen.

5. Informationen

5.1. Marketingmaßnahmen theater magdeburg Vorlage: I0185/05

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Generaldirektor (GI) Herr Wellemeyer und der Marketingdirektor (MD) Herr Heuer teil.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, merkt kritisch an, dass in der vorgelegten Information zwar umfangreiche Maßnahmen zur Zuschauergewinnung dargestellt wurden, aber keine Aussagen zu entstehenden Kosten bzw. zu einem finanziellen Nutzen getroffen wurden.

In seinen erläuternden Ausführungen geht der GI Herr Wellemeyer auf die Zielstellung ein, in Auswertung einer Spielzeit Zahlen nach bestimmten statistischen Maßgaben, die durch den Bühnenverein definiert sind, zu analysieren und öffentlich zu machen, wobei auch Vergleiche mit anderen Theatern gezogen werden können.

Hinsichtlich der zu leistenden Öffentlichkeitsarbeit verweist er darauf, dass diese Thematik heutzutage immer in einen Zusammenhang mit Fragen nach der Wirtschaftlichkeit gebracht werden. Insbesondere betont er hierbei, dass Forderungen von Kunst und Kultur aus der Tradition heraus jedoch nicht so konzipiert werden können, dass sie auch immer ökonomisch sind. Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet mehr als die Frage nach Maßnahmen zur Einnahmensteigerung und gestaltet sich als ein langwieriger Prozess.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass die vorgelegte Information eine ganze Reihe guter Maßnahmen enthält, um eine Erhöhung der Zuschauerzahlen erreichen zu können.

In der sich anschließenden Diskussion begrüßt Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen z.B. an Schulen und regt an, auch freie Träger der Jugendarbeit hier mit einzubeziehen. Sie hinterfragt Erfahrungen auch aus anderen Städten.

Vom MD Herrn Heuer wird ausgeführt, dass Erfahrungen anderer Städte mit einbezogen wurden, aber zumeist sollen eigene Maßnahmen wie z.B. Lehrerfortbildung und Zusammenarbeit mit Schulen genutzt werden. Hinsichtlich der Einbeziehung von freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit verweist er auf bestehende Kontakte zu Jugendgruppen, z.B. der Malteser.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, hinterfragt bestehende Übereinstimmung mit anderen Theatern (z.B. Dessau oder Stendal) hinsichtlich Maßnahmen für eine überregionale Zuschauergewinnung.

Herr Heuer verweist in diesem Zusammenhang auf gemachte Erfahrungen, dass große Teile von Zuschauern als so genannte „Neuerwerbungen“ betrachtet werden können.

Ergänzend legt der GI Herr Wellemeyer seine Auffassung dar, dass Konkurrenz in der Nachbarschaft für alle Theater nutzbringend sein kann und verweist darauf, dass hierbei bisher keine negativen Erfahrungen zu verzeichnen sind.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf das Projekt „start“ und regt an, die Aussage auf Seite 5 Abs. 3 zur demografische Entwicklung der Stadt Magdeburg zu streichen. Im Weiteren geht er auf die zu diesem Projekt aufgeführten Zielregionen ein und spricht sich dafür aus, im Kinder- und Jugendbereich auch Kontakte zu Regionen in Niedersachsen aufzunehmen.

Hierzu informiert Herr Heuer, dass es bereits einzelne Kontakte gibt, die aber noch weiter ausgebaut werden müssen, und deshalb noch nicht in diesem Maßnahmenkatalog aufgeführt wurden.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass nicht der Eindruck entstehen sollte, mit den vorgelegten Maßnahmen bei Punkt „Null“ zu beginnen, da auch in den letzten Jahren entsprechende Leistungen erbracht wurden.

Kritisch geht er darauf ein, dass im Maßnahmenkatalog keine Aussagen zur Einbeziehung der älteren Zuschauergeneration, z.B. durch spezielle Angebote im Spielplan, getroffen wurden. Hier könnte der Eindruck entstehen, dass alle Aktivitäten nur auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind. Er hinterfragt aussagefähige Zahlen zur Zuschauerentwicklung.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass diesbezügliche Zahlen im September vorgelegt werden.

Hierzu wird durch den GI Herr Wellemeyer informiert, dass innerhalb des Theaters bereits entsprechende Überlegungen angestellt werden. Eine Ausgrenzung der älteren Zuschauergeneration ist nicht im Sinn des Theaters.

Stadträtin Meinecke, Die Linkspartei.PDS, nimmt Bezug auf die theaterpädagogischen Rahmenangebote für Schüler und regt an, speziell das Angebot „Theaterkoffer“ um die Jugendkunstschule und die Musikschule zu erweitern.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, hinterfragt mögliche Angebote des Theaters als Begleitprogramm z.B. bei Kongressen bzw. für Reiseunternehmen.

Von Herrn Heuer wird hierzu über die Präsentation des Theaters auf der Tourismus-Messe informiert, welche dazu genutzt wurde, mit Reiseunternehmen hinsichtlich einer Zusammenarbeit, auch unter Einbeziehung von Hotels der Stadt Magdeburg, Kontakt aufzunehmen. Hier gibt es bereits erste Ergebnisse, die zukünftig gefestigt und ausgebaut werden sollen.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister über die Beauftragung des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung sowie des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport entsprechende Untersuchungen vorzunehmen.

Abschließend führt der Oberbürgermeister aus, dass mit der Gewerkschaft Verdi ein entsprechender Tarifvertrag ausverhandelt werden konnte und hiermit eine Klärung bis zum Jahr 2007 erfolgte.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, merkt kritisch an, dass entgegen einer Festlegung zur Einladung von Ehrenbürgern zu Veranstaltungen entsprechend der Ehrenbürgersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg anlässlich des 3. Oktober nur der Ehrenbürger Belikow eingeladen wurde. Eine Einladung an die Ehrenbürgerin Angela Davis erfolgte jedoch nicht.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf entsprechende Protokollierungen des Verwaltungsausschusses zu dieser Thematik und legt dar, dass bisher kein entsprechender Beschluss des Stadtrates hierzu vorliegt. Wenn dieser Beschluss gefasst wird, ergeht auch eine Einladung an die Ehrenbürgerin.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, kündigt einen entsprechenden Antrag für den Stadtrat an.

Ergänzend wird durch den Amtsleiter 13, Herrn Wagner, auf eine diesbezügliche E-Mail an Herrn Westphal klarstellend zum Sachstand verwiesen.

Stadträtin Meinecke, Die Linkspartei.PDS, nimmt Bezug auf die Regelungen der Ehrenbürgersatzung bzgl. der Einladungen zu besonderen Veranstaltungen und bringt ihr Unverständnis zum Ausdruck, wieso hierfür ein gesonderter Beschluss des Stadtrates erforderlich ist.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister an verschiedene durchgeführte Abstimmungen mit den Fraktionen, bei denen sich mehrheitlich gegen eine Einladung von Frau Davis ausgesprochen wurde und führt nochmals aus, dass bei einer mehrheitlichen Zustimmung des Stadtrates eine Einladung an die Ehrenbürgerin gesandt wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Schriftführer/in

